



September 2025

CENTRAL MEDITERRANEAN INFO

ANKÜNFTE

Im September 2025 erreichten laut Zählungen von [borderline-europe](#) 7.361 Menschen Italien auf dem Seeweg. Davon kamen 6.000 (81,5%) auf Sizilien, vor allem auf Lampedusa, an.

In diesem Monat zählten wir zwei Ankünfte mit insgesamt 180 Personen über die ionische Route, in beiden Fällen (125 und 55 Personen) fuhren die Boote in der Türkei ab und kamen in Roccella Ionica an. Insgesamt kann [borderline-europe](#) für 3.930 (53,4%) der Ankünfte nachweisen, dass die Boote in Libyen losfuhren. Im Vergleich zum Vormonat ist die Zahl der von Libyen gestarteten Boote, die Italien tatsächlich erreichten, deutlich gesunken. Während im August rund 60 % der Ankünfte aus Libyen abfuhren, waren es im September nur etwa 53%. Diese Abnahme dürfte in engem Zusammenhang mit der hohen Zahl an Interceptions auf dem zentralen Mittelmeer stehen. Der Anteil der Abfahrten aus Tunesien liegt in diesem Monat bei 206 (2,8%) und ist damit im Vergleich zum Vormonat deutlich gesunken. In etwa 42% der Fälle konnten wir den Abfahrtsort nicht nachweisen. Laut den Zählungen von [borderline-europe](#) erreichten im September 294 Menschen die Küsten der Toskana. 265 von ihnen waren zuvor in Libyen gestartet und wurden von der NGO [Solidaire](#) mit dem gleichnamigen Schiff gerettet und nach Livorno gebracht. Laut der Crew von [Sea-Watch](#) sind sie in den vergangenen Monaten bei ihren Einsätzen wieder vermehrt schwangeren Frauen, Babys und Kindern in Seenot begegnet. [Borderline-europe](#) wird diesen Trend weiter im Blick behalten und möglicherweise in der nächsten Ausgabe des CMI genauere Informationen dazu liefern können.

WEGE NACH EUROPA

Aktuelles zur Verstrickung der italienischen Regierung in libysche Menschenrechtsverbrechen

Seit 2017 besteht ein ‚Memorandum of Understanding‘ (MoU) zwischen der italienischen und der libyschen Regierung in Tripolis. Basierend auf diesem Abkommen finanziert, trainiert und stützt Italien – mit Unterstützung der EU und Frontex – libysche Streitkräfte aus, die systematisch Migrant*innen inhaftieren, foltern, versklaven und töten. Mit der von ‚Refugees in Libya‘ initiierten Kampagne „[Stop the Memorandum Italy-Libya](#)“ soll die Verlängerung des MoU verhindert werden. Gemeinsam mit ‚Refugees in Libya‘ fordern wir sowohl die europäische und italienische Unterstützung der libyschen Milizen zu beenden, als auch Gerechtigkeit und Entschädigung für die Überlebenden der Misshandlungen!

Die Gewalt gegen Migrant*innen dauert an. Anfang September [berichteten](#) 14 Personen, die aus Westlibyen nach Lampedusa geflüchtet waren, wie sie etwa eine halbe Stunde nach ihrer Abfahrt von einem libyschen Boot aus beschossen wurden. Gleichzeitig traten im berüchtigten Lager „Mitiga“ inhaftierte Migrant*innen in den [Hungerstreik](#), um gegen die schrecklichen Haftbedingungen zu protestieren. In dem von der Rada-Miliz kontrollierten Inhaftierungslager werden die gefangenen Migrant*innen im Austausch für ihre Freiheit gezwungen, sich der Miliz anzuschließen.

Die Rada-Miliz untersteht dem (mutmaßlichen) Kriegsverbrecher Osama Almasri Njeem, der im Januar diesen Jahres trotz eines Haftbefehls des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) aus Italien ausreisen konnte. Er wird für rechtswidrige Inhaftierungen unter menschenunwürdigen Bedingungen, Folter, sexuelle Gewalt und Morde [verantwortlich](#) gemacht. Aus diesem Grund hatte das „Tribunale dei Ministri“ – ein italienisches Gericht, durch das Regierungsmitglieder strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden können – die Strafverfolgung des Justizministers Carlo Nordio, des Innenministers Matteo Piantedosi und des Kanzleramtsministers Alfredo Mantovano aufgrund von Amtsmissbrauch, Begünstigung und Veruntreuung beantragt. Im zuständigen Parlamentsausschuss warf der PD-Abgeordnete Gianassi der italienischen Regierung vor, Almasris Rückführung nach Libyen bewusst ermöglicht zu haben. Die Regierung habe befürchtet, dass die Rada-Miliz – zu der sie enge Beziehungen unterhielt – als Vergeltungsmaßnahme die „Migrationskontrolle“ aufgeben könnte. Am 30. September [stimmte](#) der Ausschuss gegen einen Strafprozess. Am 9. Oktober 2025 hat das [italienische Abgeordnetenhaus](#) mit deutlicher Mehrheit beschlossen, den Ministern Nordio, Piantedosi und Mantovano die parlamentarische Immunität zu belassen und somit ein Strafverfahren gegen sie zu verhindern.

Mehrfach in der Wüste ausgesetzt – Kettenabschiebungen aus Tunesien

Durch das Migrationsabkommen zwischen Tunis und Brüssel 2023 leben subsaharische Migrant*innen in Tunesien [in ständiger Angst](#). Mit den 164,5 Millionen Euro, welche die EU für tunesische Sicherheitskräfte bereit gestellt hat, wurden im April diesen Jahres 20.000 Menschen aus ihren improvisierten Lagern in der Region Sfax vertrieben, wo sie auf eine Möglichkeit warteten, das Mittelmeer zu überqueren. [Ende September](#) zerstörten die tunesischen Behörden bereits zum fünften Mal die von Geflüchteten erbauten und selbstorganisierten Krankenhäuser dort.

Täglich werden in Tunesien Menschen verhaftet, die vor Kriegen, ethnisch-religiösen Konflikten und extremer Armut in Ländern südlich der Sahara geflüchtet sind – viele von ihnen werden in die Wüstengebiete nahe der libyschen und algerischen Grenze abgeschoben und dort schutzlos ausgesetzt. Unter ihnen der 33-jährige [Omar](#) aus Gambia: Bereits zweimal verhafteten ihn die tunesischen Behörden und setzten ihn in der algerischen Wüste aus. Auch [Abdallah](#), der aus dem Sudan geflüchtet ist, wurde am 2. Mai 2024 gemeinsam mit 500 Anderen in die Wüste nahe der algerischen Grenze abgeschoben. Ohne Vorwarnung räumte die Polizei in dieser Nacht das Lager vor dem UNHCR- und IOM-Gebäude in Tunis, in dem er sich mit einer offiziellen Asylbewerberkarte aufhielt. Als er sich gemeinsam mit 70 Personen zu Fuß auf dem Rückweg nach Tunis befand, nahmen ihn die Behörden erneut fest und schoben ihn in ein Gebiet nahe der tunesisch-algerischen Grenze ab. Diesmal ging Abdallah nach Algerien, wo er jedoch festgenommen, inhaftiert und schließlich erneut abgeschoben wurde: dieses Mal in die Wüste Nigers. Was Abdallah erlebte, hat Irpi-Media gemeinsam mit Aktivist*innen und Forscher*innen in einer [Recherche](#) rekonstruiert. Für viele Migrant*innen – oft Sudanese*innen wie Abdallah – ist Niger zum Endpunkt geworden, von dem aus sie nicht weiter- und auch nicht zurückkommen.

Die Zahl der aus den Nachbarländern abgeschobenen Menschen in Niger nimmt seit 2023 zu. Während Tunesien 2024 laut seriösen NGO-Schätzungen 9.000 Personen nach Algerien abgeschoben hat, wies Algerien über 31.100 Menschen nach Niger aus. Die Länder der 2024 gegründeten „Maghreb-Allianz“ (Tunesien, Algerien und Libyen) nutzen vermehrt Kettenabschiebung, um Migrant*innen in den Staat vor ihnen entlang der Fluchtrouten auszuweisen – dieses ursprünglich europäische [Konzept](#) ist in Folge der Externalisierung der EU-Grenzen nun auch zwischen den afrikanischen Staaten selbst zu beobachten.

Während diese Kettenabschiebungen einerseits dazu beitragen, die Ankünfte an den europäischen Küsten zu begrenzen, zeigen sich andererseits an ihnen auch Veränderungen in den regionalen Machtverhältnissen.

PUSH – UND PULLBACKS

Diesen Monat haben wir 4.992 Interceptions (Pullbacks oder Zurückweisungen auf See) auf dem zentralen Mittelmeer erfasst, bei denen Boote mit Geflüchteten an die nordafrikanische Küste zurückgedrängt wurden. Damit liegt die Zahl im September deutlich über dem Augustwert von 1.993 Interceptions und auch über dem monatlichen Durchschnitt. Der September stellt somit den bisherigen Höchststand des Jahres 2025 dar. Seit Jahresbeginn 2025 wurden laut [IOM Libya](#) 20.017 Menschen auf See abgefangen und nach Libyen zurückgebracht – bereits jetzt fast so viele wie im gesamten Jahr 2024 (21.762) und deutlich mehr als im Jahr 2023 (17.190). Nach Zählungen von [borderline-europe](#) wurden im September 4.937 nach Libyen und 55 Personen nach Tunesien zurückgeschleppt. Wir möchten jedoch betonen, dass jede statistische Erfassung von Push- und Pullbacks sowie Todesfällen nur eine grobe Schätzung sein kann, die mit Vorsicht zu behandeln ist. Die Dunkelziffer dürfte weitaus höher liegen. Unsere Zahlen entsprechen ungefähr denen der IOM Libya welche vom 01. bis 31. September 4.279 Interceptions nach Libyen zählte.

Besonders alarmierend waren im September mehrere Fälle tödlicher und gewaltsamer Interceptions: Am 30. September kam es vor der libyschen Küste zu einer tödlichen Abfangaktion durch die libysche Küstenwache, bei der ein Boot mit rund 30 Menschen nach einer [Verfolgungsjagd](#) kenterte. Mindestens eine Person ertrank, drei Überlebende wurden zunächst von einem Handelsschiff aufgenommen, das sie anschließend an die libysche Küstenwache übergab. Dieser Fall, dokumentiert von [Sea-Watch](#), verdeutlicht die tödlichen Konsequenzen der Externalisierung der europäischen Grenzen und der Zusammenarbeit mit libyschen Akteuren.

Nur wenige Tage zuvor, am 28. September, meldete [Alarm Phone](#) einen weiteren tragischen Fall: 55 Menschen waren aus Sfax (Tunesien) aufgebrochen und wurden von der tunesischen Küstenwache abgefangen, wobei das Boot bewusst zum Kentern gebracht wurde. Während ein bis zwei Menschen im Meer zurückblieben, wurden die übrigen nach Sfax zurückgeführt. Später konnte einer [der Überlebenden](#) seine Familie aus dem Al-Assah-Gefängnis in Libyen kontaktieren – die gesamte Gruppe war nach der Abfangaktion an libysche Milizen verkauft worden, die nun Geld von Angehörigen erpressen.

TOTE & VERMISSTE

Im September 2025 dokumentierte [borderline-europe](#) den Tod von mindestens 153 Menschen und 113 Vermissten, die zuletzt auf der Flucht über das zentrale Mittelmeer gesehen wurden. Im Vergleich zum August, in dem 37 Todesfälle und 139 Vermisste verzeichnet wurden, zeigt sich im September ein deutlicher Anstieg der Todesopfer, während die Zahl der Vermissten leicht zurückging.

Am 13. September kenterte vor der libyschen Küste bei Tobruk ein Boot mit 74 Menschen, überwiegend Geflüchteten aus dem Sudan. Laut dem [UNHCR Libya](#) überlebten nur 13 Personen, während 61 Menschen ertranken oder vermisst blieben. Nur einen Tag später, am 14. September 2025 kam es vor der libyschen Küste zu einer [weiteren tödlichen Katastrophe](#): Mindestens 50 Menschen aus dem Sudan verloren ihr Leben, als auf einem Schlauchboot mit rund 75 Personen kurz nach dem Ablegen in der Nähe von Tobruk (Ostlibyen) auf dem Weg nach Griechenland ein Feuer ausbrach. Das Schicksal eines weiteren Passagiers bleibt bislang unklar. Am 16. September berichtete der [UNHCR Libya](#), dass bei einem weiteren Schiffsunglück im Mittelmeer elf Menschen aus dem Sudan ertranken.

[Sea-Watch](#) berichtete am selben Tag von einem tragischen Vorfall rund 83 Kilometer vor Lampedusa, bei dem ein Boot zu sinken drohte. Laut weiteren [Medienberichten](#) kam dabei eine 20-jährige Frau ums Leben, eine weitere wird vermisst. Nur zwei Tage später, am 18. September, ereignete sich eine weitere Tragödie vor der tunesischen Küste: Ein Boot, das sich auf dem Weg nach Italien befand, kenterte in der Nähe von Sfax. Nach ersten Berichten kamen dabei [39 Menschen](#) ums Leben, unter ihnen mehrere Geflüchtete aus Kamerun.

Diese aufeinanderfolgenden gravierenden Ereignisse zeigen die tödlichen Konsequenzen der europäischen Abschottungs- und Externalisierungspolitik. Menschen, die vor Krieg, Verfolgung und Armut fliehen, sterben weiterhin an den Grenzen Europas – häufig vor den Augen staatlicher Akteure, die ihrer Pflicht zur Seenotrettung nicht nachkommen und durch das Mittelmeer durch politische Entscheidungen zu einem Massengrab gemacht haben.

ZIVILER WIDERSTAND

Nach der Festsetzung des Aufklärungsflugzeugs Seabird 1 im August, wurde am 5. September das Aufklärungsflugzeug [Colibri 2](#) unter Berufung auf das sogenannte Flussi-Dekret von den italienischen Behörden für 20 Tage festgesetzt und die betreibende französische NGO (**Pilotes Volontaires**) wurde zu einer extraorbitanten Geldstrafe von 100.000 € verurteilt. Nach ihrer bereits unbegründeten Festsetzung im Juli wurde die [Aurora](#) von **Sea-Watch** am 9. September erneut festgesetzt. Am 6. September hatte die Crew 75 Menschen aus einem seeuntüchtigen Boot in internationalen Gewässern gerettet. Zunächst wurde dem Schiff der weit entfernte Hafen von Reggio di Calabria zugewiesen, doch da die Tankkapazitäten dafür nicht ausreichten, änderte die Seenotrettungsleitstelle in Rom den Zielhafen auf Pozzallo. Dort konnten die Geretteten am 7. September sicher an Land gehen – im Hafen wurde die *Aurora* überraschenderweise blockiert. Begründet wurde dies mit der haltlosen Behauptung, das Schiff hätte Reggio Calabria erreichen können und die Änderung des Zielhafens wäre unbegründet gewesen. Der Fall zeigt einmal mehr: Die italienische Regierung setzt auf bürokratische Sabotage statt auf den Schutz von Menschenleben.

Die Gewalt gegenüber der zivilen Seenotrettung auf See nimmt schockierende Ausmaße an: Nur einen Monat nach dem Beschuss der Ocean Viking durch libysche Milizen, wurde am 25. September die Sea-Watch 5 kurz nach der Rettung von 66 Personen aus Seenot von libyschen Milizen [beschossen](#). Auch in diesem Fall wurden die Schüsse von einem ehemaligen Boot der italienischen Finanzpolizei abgefeuert, das 2018 im Rahmen des Memorandum of Understanding von Italien an Libyen geschenkt worden war.

Trotz massiver Repression durch die italienischen Behörden bleibt die zivile Seenotrettung standhaft:

- Nach dem Anschlag auf die Ocean Viking stellte **SOS MEDITERRANEE** [klar](#): "Bullets will never stop solidarity". Sie haben [neue Beweise](#) zum Angriff veröffentlicht und eine Reihe juristischer Maßnahmen gestartet, um sowohl die Täter (libysche Milizen) als auch deren Unterstützer (die italienische Regierung) zur Rechenschaft zu ziehen.
- Die NGO **SOS Humanity** hat vor kurzem bekanntgegeben, ab 2026 mit einem zweiten Schiff im Mittelmeer unterwegs sein zu wollen. Das Segelschiff [Humanity 2](#) soll als Rettungs- und Beobachtungsschiff agieren und dabei die aktuell bestehende Rettungslücke vor der tunesischen Küste schließen und Menschenrechtsverletzungen der tunesischen Küstenwache dokumentieren.
- **Mediterranea Saving Humans** hat sowohl der Justiz in Trapani als auch dem IStGH detaillierte [Beweise](#) für libysche Gewaltakte auf See und Italiens direkte Mitverantwortung daran vorgelegt. Unabhängig davon wurde am 08.10.2025 das Urteil des Gerichts von Trapani bekannt gegeben. Dies ist ein Erfolg für [Mediterranea Saving Humans](#), da es die Beschlagnahmung ihres Rettungsschiffs aufhob und das Piantadosi-Dekret in Frage stellt.
- Dank eines Fundraisings konnte die NGO **CompassCollective** Anwälte einschalten und gegen die Festsetzung ihres Segelschiffs Trotamar III [klagen](#). Am 10. September wurde die Festsetzung mit sofortiger Wirkung vom Gericht in Agrigent aufgehoben und die Geldstrafe von 7.500 € ausgesetzt.

Mitte September organisierte **f.lotta** eine symbolische [Besetzung des zentralen Mittelmeers](#) nahe Lampedusa und protestierte für das Recht auf Bewegungsfreiheit und gegen die Normalisierung des gewaltvollen Grenzregimes Europas. Als dezentrale, basisorganisierte Aktion stellt sich **f.lotta** der zunehmenden Repression gegen Menschen auf der Flucht und Seenotrettung entgegen – die teilnehmenden Boote trugen verschiedene politische Kampagnen und wurden von Aktionen an Land in Deutschland, Frankreich und Italien begleitet. Im Anschluss schlossen sich zwei f.lotta Boote der **Global Sumud Flotilla** an, die als [humanitäre Mission](#), gedeckt von internationalem Recht, mit mehr als 40 Schiffen und über 400 Aktivist*innen aus mehr als 44 Ländern versuchten, die israelische Blockade Gazas zu durchbrechen. Auch verschiedene NGOs der zivilen Seenotrettung unterstützten die Aktion: Das Schiff *Life Support* der NGO **Emergency** [unterstützte](#) die Mission mit medizinischer Hilfe, Lebensmittelversorgung, bei Transfers und technischen Problemen. Ein ehemaliges Mitglied der Juventa-Crew, heute Missionsleiter von Sea-Watch war einer der Aktivist*innen an Bord der Flotilla. Das Monitoring-Flugzeug Sea-Bird 1 von Sea-Watch zeigte sich solidarisch aus der Luft.

Die Aktionen des zivilen Widerstands im September zeigen, wie wichtig und kraftvoll es ist, wenn sich Akteur*innen vereinen und verschiedene lokale Realitäten und Kämpfe miteinander verbinden.



Kontakt:

Sitz Palermo
borderline-europe
Menschenrechte ohne Grenzen e.V.
<https://www.borderline-europe.de/>
italia@borderline-europe.de